



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

Datum: 12. SEP. 1985

Verteilt 13. SEP. 1985

Sachbearbeiter/Klappe
Dr. Eder-Paier/6689Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vomUnsere Geschäftszahl
11.903/02-I 1/85

(0 22 2) 75 00 DW

Datum
1985 09 10

Betreff Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsvollstreckungsgesetz geändert wird

./. In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme
des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zum
gegenständlichen Gesetzentwurf zur do. Kenntnis über-
mittelt.

Für den Bundesminister:

Dr. E i c h l e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das

Bundeskanzleramt-
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Sachbearbeiter/Klappe

Dr.Eder-Paier/6689

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

602.083/2-V/1/85

Unsere Geschäftszahl

11.903/02-I 1/85

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

1985 09 10

Betreff Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsvollstreckungsgesetz geändert wird

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungs-
vollstreckungsgesetz geändert wird, nimmt das Bundesministerium
für Land- und Forstwirtschaft Stellung wie folgt:

Zu Art.I Z.2:

Weder aus dem Entwurf noch aus den Erläuterungen ergibt sich,
welche der genannten Behörden beurteilen soll oder kann, ob
es im Einzelfall verwaltungsökonomischer ist, die Eintreibung
einer Geldleistung unmittelbar beim zuständigen Gericht zu
beantragen (die Bezirksverwaltungsbehörde bzw. Bundespolizei-
behörde oder die Titelbehörde?). Es wäre auch nicht zweck-
mäßig, wenn das Gericht einen solchen Antrag mit der Begründung
ablehnen könnte, daß die gesetzlichen Voraussetzungen nicht
zutreffen.

./.

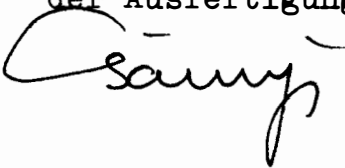
Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft geht davon aus, daß die Finanzprokuratur in den Fällen des § 3 Abs.3 die Vertretung der Behörden des Bundes vor den Gerichten übernimmt. Eine Klärung wäre jedenfalls erforderlich.

Für den Bundesminister:

Dr. E i c h l e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Sämann', written in dark ink.